Unternehmer... und Arbeitslohn

Adolph Wagner




SIGILLVM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
ET CHRISTO ECCLESIAE
VE RI TAS



Unternehmergewinn

und

Arbeitslohn.

Rede

gehalten in Bochum auf der Versammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund

von

Dr. Adolph Wagner,
ordentlichem Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.



Göttingen
Vandenhoeck und Ruprecht
1897.

Meine lieben deutschen Landsleute! So darf ich Sie als Berliner Professor wohl anreden. Wir stehen ja nicht in demselben Beruf, aber es verbindet uns alle die Zugehörigkeit zu einer Nation, unserem lieben deutschen Volke, und gerade in einer Arbeiterversammlung betone ich gern, daß auch unsre Arbeiter als deutsche Nationalangehörige sich fühlen sollen.

Mit einigem Zagen und Bedenken bin ich hierher gekommen, aber ich habe mich doch dazu entschlossen, weil es mir Freude macht, zu sehen, daß hier einmal ein christlicher Bergarbeiterverein tagt, bei welchem die beiden großen Confessionen sich so einig zusammengethan haben. Das ist etwas, das wir in unserem lieben deutschen Vaterlande, bei unseren einmal gegebenen confessionellen Verhältnissen, nicht entbehren können. Wenn mitunter von gewissenlosen Leuten die beiden Confessionen gegenseitig verhetzt werden, so kann ich das nur tief bedauern. Ich will hierbei an den Ausspruch des Königs Friedrich Wilhelm IV. erinnern, den er gelegentlich seiner Kritik über die Oper „Der Prophet“ that: „Katholiken und Protestanten brechen sich die Köpfe entzwei und der Jude macht die Musik dabei“. Sie sollen sich wirklich nicht die Köpfe entzweibrechen, sondern sollen einig zusammenstehen. Wir alle in unserem Volk und zumal die Arbeiter sind auf solche Einigkeit angewiesen.

Meine verehrten Bergarbeiter! Man sagt Ihnen wie allen anderen Lohnarbeitern von *socialistischer* Seite: „Alle Eure Bestrebungen auf Verbesserung Eurer Lage helfen Euch nicht, beim heutigen kapitalistischen Productionssystem erreichet Ihr vielleicht einige kleine Vortheile, aber im Ernste besser wird es nur erst, wenn das neue „socialistische Productionssystem“ bei Euch eingeführt ist.“

Ist das richtig? Nein! Das ist nur ein Wechsel auf eine sehr ferne, wahrscheinlich nie eintretende Zukunft. Wir haben es hier aber mit der Gegenwart, mit *praktischen Bedürfnissen* zu thun. Fragt man die Socialdemokratie dann weiter nach dem Wesen und der Einrichtung ihres sogenannten „Zukunftsstaates“, so erwiedert

sie: „das wird sich seinerzeit schon Alles finden". Nun kann man ja wohl auf eine Erklärung über viele Einzelheiten in einem solchen Falle verzichten. Aber von Demjenigen, der einen großen Bau plant, kann und muß man doch verlangen, daß er nachweist, ob ein solcher Bau auch mit den Naturgesetzen, hier, bei einem socialen Bau, mit den socialen und psychischen Gesetzen, denen des menschlichen Lebens und der menschlichen Seele, vereinbar ist. Wir würden einen Baumeister mit Recht verspotten, der uns einen Bauplan ohne Rücksicht auf die Gesetze der Physik, der Mechanik, auf das Naturgesetz der Schwere u. s. w. aufstellte. Im socialdemokratischen Bauplane wird aber auf die ebenso wichtigen socialen und psychischen [die Seele betreffenden] Gesetze keine genügende Rücksicht genommen. Man versichert uns ganz in's Blaue hinein, daß es im „Socialstaat" schon besser werden wird. Aber wirkliche Hilfe dem Arbeiter zu bringen, das vermögen die Socialdemokraten mit solchen Hoffnungserregungen nicht. Die Redensart: „das wird sich schon Alles finden", kann man nur „Bauernfang treiben" nennen.

Meine Herren! Um nun auf mein eigentliches Thema zu kommen, so will ich zunächst einen Augenblick auf eine Frage eingehen, die gerade auch für die Regelung von Unternehmergewinn und Arbeitslohn öfters angeregt und für Sie natürlich noch von besonderem Interesse ist: die Forderung einer Verstaatlichung des Bergbaus. Gerade speciell hinsichtlich des Bergbaus ist diese Forderung nicht nur bei den Socialdemokraten, sondern auch in anderen Kreisen des Volkes vertreten, aus Gründen, die ich nicht ohne Weiteres von der Hand weisen will. Die Frage ist jedenfalls discutirbar, ich stehe der Forderung nicht ganz unsympathisch gegenüber. Man sagt nun wohl auch: es muß zu einer allgemeinen Verstaatlichung des Bergbaus kommen, wenn eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter eintreten soll. Gewiß ist es falsch, zu behaupten, wer aus diesen oder anderen Gründen für solche Verstaatlichung sei, sei ein schlimmer Socialdemokrat. Eine derartige Forderung kann auch von Nichtsocialisten recht wohl vertreten werden. Wir haben ja verstaatlichte Eisenbahnen, verstaatlichte Forsten und sogar verstaatlichte Bergwerke bereits, letztere seit Alters in Staatsbesitz und Staatsbetrieb. Und wir können hiermit ganz zufrieden sein. So können wir auch eine weitere neue Verstaatlichung der Bergwerke unter Umständen rechtfertigen.

Aber über Eines muß man sich dabei nicht täuschen, auch wenn es dazu käme: es ist falsch, anzunehmen, daß mit solcher Verstaatlichung der Bergwerke der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit

verschwinden werde. Auch bei den staatlichen Anstalten tritt dieser Gegensatz hervor. Ich erinnere nur an Ihre Collegen an der Saar. Die Lösung des Arbeiterproblems, der schwierigen Frage der Lohngestaltung, der Auseinandersetzung von Kapital und Arbeit bleibt auch dann noch immer die schwere Aufgabe. Wenn Sie heute an der Ruhr Staatskohlenwerke wie an der Saar hätten, würden Sie auch hier wie an der Saar mit dem Problem der Lohnhöhe, der Arbeitszeit u. s. w., zu thun haben. Einmal lassen sich nicht alle Dinge sofort durchführen, zumal schwierige Reformen. Gut Ding' will Weile haben. Rom ist nicht in einem Tage erbaut. Der Staat kann auch nicht mit einem Schlage Alles anders und besser machen, Vieles überhaupt nicht wesentlich ändern. Denn auch der Staat hat als Unternehmer Interessen gegenüber den Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Das geht gar nicht anders an. Er kann die Löhne nicht einfach steigern, auch er muß aus dem Productionsertrag seine sonstigen nothwendigen Kosten decken, für seine Thätigkeit, für die Beamten, für die Verwaltung, ja, auch er muß für sein Kapital eine genügende Verzinsung und eine allmälige Tilgung aus dem Ertrage zu erreichen suchen. Es wäre eine Ungerechtigkeit gegen die steuerzahlende übrige Bevölkerung, auch gegen alle anderen Arbeiter, wenn wir bei Staatsbetrieben sagten: der ganze Ertrag gehört dem Arbeiter.

Eine solche Behauptung ist aber überhaupt immer falsch. So, wenn die Socialdemokraten sagen: Der ganze „Arbeitsertrag" gebühre den „Arbeitern". Der sogenannte „Arbeitsertrag" ist eben der Productionsertrag. Daran nehmen Theil alle, die ihn geschaffen: die höheren Beamten, die Kapitalisten, die leitenden Elemente, die Unternehmer ebenso gut wie die Arbeiter. Auch die Socialisten müßten, nebenbei bemerkt, wenn sie das Heft in der Hand hätten, in ihrem „Socialstaate" dafür sorgen, daß für das verwendete Kapital, für die unentbehrliche Thätigkeit der Personen, die in ihrer „gesellschaftlichen Productionsordnung" die Stelle der heutigen leitenden, beaufsichtigenden Personen und der kapitalistischen Unternehmer einnehmen würden, etwas vom Productionsertrage fortgenommen würde: einigermaßen das, was man heute Kapital- und Unternehmergewinn, Actiendividende, Beamtengehalt oder so ähnlich nennt. Sonst könnte auch ihre Productionsordnung gar nicht bestehen, nicht ausgeführt werden. Die Frage ist immer nur: wie eine Theilung zwischen Arbeit, Kapital und Unternehmung erfolgen soll. Daß sie auf irgend eine Weise erfolgt, daß nicht der Eine Alles erhalten kann, auch die „Arbeit", die „Arbeiter" nicht, das ist förmlich eine Naturnothwendigkeit. Bei der Theilung des Productionsertrags soll Keiner

zu kurz kommen, der Arbeiter aber freilich auch einen angemessenen Antheil als Lohn erhalten.

Allerdings handelt es sich für den Arbeiter nicht allein um den Arbeitslohn, sondern auch um andere Fragen, z. B. um die Wohnungsfrage, die ja im hiesigen Industriebezirk relativ günstig gelöst zu sein scheint; um die Frage der Dauer der Arbeitszeit; um die Vorkehrungen zur Unfallverhütung, um die Sicherung des Arbeiters bei Erwerbsunfähigkeit, um die Versorgung von Wittwen und Waisen u. a. m. Das sind wichtige Punkte, die zusammen kaum weniger bedeuten, als die Lohnfrage selbst. Die Lohnfrage ist aber doch, vielleicht neben der Frage der Dauer der Arbeitszeit, die wichtigste einzelne Frage. In den übrigen Punkten ist ja unverkennbar Manches besser geworden, ich erinnere nur an Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Und im Bergbau sind wir in diesen und anderen Dingen noch weiter als in der Industrie.

Wenn ich nun mit Kapitalisten und Unternehmern, auch höheren Beamten zusammenkomme, höre ich wohl die Frage, woher es komme, daß die Arbeiter trotzdem nicht zufrieden seien. Ich sage ihnen dann dasselbe, was ich auch wohl im Colleg den Studenten gesagt habe. Da sitzen vor mir junge Juristen 2c., künftige Beamte. Wenn ich diesen ausführe: Ihr sollt im Alter, in Krankheit versorgt werden, sollt Eure Wittwen- und Waisencassen haben 2c., aber Euer Gehalt soll niedrig bleiben und Eure Arbeitszeit maßlos lang sein, so frage ich wohl: würdet ihr damit zufrieden sein? Wer würde mit Ja antworten? Für die Arbeiter liegen die Dinge doch ähnlich. Ich kann daher auch kein Unrecht darin finden, wenn die Arbeiter auf die Lohnfrage und auf die Dauer der Arbeitszeit ganz besonderes Gewicht legen.

Nun wird darauf hingewiesen, daß die Löhne der Arbeiter ja ziemlich allgemein gestiegen, daß die Wochen- und Jahresverdienste mit den Conjuncturen „von selbst“ bessere geworden seien, sich von selbst mit erhöht hätten und regelmäßig erhöhten, z. B. im Bergbau. Es wird auch wohl von den betheiligten Kreisen, den Unternehmern u. s. w. hervorgehoben, daß die Arbeiter Löhne erhielten, mit denen sie ganz zufrieden sein könnten. Der Arbeitgeber habe ja selbst ein Interesse daran, daß der Arbeiter bessere Löhne erhalte und so williger und kräftiger arbeite und zufriedener sei. Im Uebrigen werde aber eben der Lohn durch „Angebot und Nachfrage“ geregelt, das könne auch gar nicht anders sein, daraus gehe eine richtige Lohngestaltung schon von selbst hervor.

Ich halte diese Auffassung vom „Gesetz von Angebot und Nach-

frage" für zu günstig. Es ist auch nicht richtig, daß dieses „Gesetz" ein unabänderliches „Naturgesetz" sei, sonst müßte es immer zur Anwendung kommen. Das ist aber nicht der Fall. So sehen wir, daß im öffentlichen Dienst, bei Staat und Gemeinde, die Gehalte der Beamten, das sind doch auch „Löhne", nicht nach diesem „Gesetz", sondern in andrer Weise, mit Rücksicht auf den nothwendigen und gesellschaftlichen („standesgemäßen") Bedarf und auf Bedeutung und Werth der Arbeitsleistung, auf Wichtigkeit des Amts u. s. w. geregelt werden. Bloß nach „Angebot und Nathfrage" könnte der Staat, z. B. unser preußischer, viel billiger wegkommen, die Beamtengehälter sehr herabsetzen. Freilich kann die private Industrie nicht so wie der Staat vorgehen. Denn dieser kann seine Geldbedürfnisse zur Zahlung der Gehalte u. s. w. nöthigenfalls durch Steuern decken. Ein solches Ausgleichungsmittel hat die Privatindustrie natürlich, und Gottlob, nicht. Aber daraus folgt noch nicht, daß das Verhältniß von Nachfrage und Angebot den Arbeitslohn rein mechanisch bestimmen muß. Daß dies heutzutage vielfach geschieht, ist gerade der Uebelstand. Denn dabei ist der Arbeiter nicht gesichert, Löhne zu erhalten, mit denen er zu leben im Stande ist, weil sie seinen Bedarf, auch bei mäßigen Ansprüchen, häufig nicht genügend decken. Darin, in dieser oft rein mechanischen Wirksamkeit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, welche dem isolirten, daher im Concurrenzkampf schwächeren Arbeiter nachtheilig ist, liegt der Krebsschaden, den es zu heilen gilt. Deswegen muß grade in der Privatindustrie die Anwendung dieses Gesetzes in die richtigen Wege geleitet werden, so daß es dem Arbeiter sicherer möglich wird, einen Lohn zu erreichen, der seinem Bedarf und dem Werth seiner Leistung besser entspricht.

Ein Weg, welcher sich in der Privatwirthschaft hierfür bietet, ist nun der der umfassenden Arbeiterorganisation, in berufsgenossenschaftlichen Verbänden, in Gewerkvereinen oder wie man es nennen will, also eine Einrichtung, wie Ihr christlicher Bergarbeiterverein sie schaffen will. Zur practischen Ermöglichung einer solchen Organisation brauchen wir aber eine Gesetzgebung, die es den Arbeitern gestattet, in Verbänden ihr Interesse in der Lohnfrage u. s. w. gegenüber den kapitalistischen Unternehmern mit Aussicht auf Erfolg zu vertreten. Auch da wird Angebot von und Nachfrage nach Arbeit noch mitspielen, aber so, daß auch die Arbeiter ihr Interesse dabei besser wahren können.

Nun sind freilich manche Kreise, namentlich vielfach die Arbeitgeber gegen jede solche Organisation der Arbeiter, weil diese einen Machtfaktor im Lohnkampfe bildet. Auch machen sie wohl geltend,

daß dadurch der Socialdemokratie noch Vorschub geleistet werde. Ob letzteres wirklich der Fall ist, mag zweifelhaft erscheinen; die Socialdemokratie ist heute ohne Anerkennung der Arbeiterorganisation zu einer Bedeutung gelangt, wie sie größer kaum noch werden kann. Grade das *Fehlen anderweiter*, nicht-socialdemokratischer Arbeiterorganisationen leistet aber anderseits der Socialdemokratie Vorschub. Denn so erscheint diese Partei leicht dem Arbeiter als die einzige, welche das Arbeiterinteresse richtig vertritt und *deswegen* strömt ihr die Arbeiterwelt zu. Auch die Billigkeit fordert es indessen, Arbeiterorganisationen, vor Allem *zur Regelung des Arbeitsangebots*, mit genügender Wirksamkeit zuzulassen. Den Arbeitgebern lassen sich Organisationen für ihre Interessen doch nicht verwehren, sie können sich gegen die Arbeiter leicht verbinden, selbst wenn es der Staat nicht wollte. Denn ihrer sind verhältnißmäßig weniger, bei den Arbeitern liegt die Sache anders. Sie bedürfen besonderen staatlichen Schutzes, um sich als eine einigermaßen ebenbürtige Macht im Concurrenzkampf mit den Unternehmern organisiren zu können. Nur dann kann Arbeitslohn und Unternehmergewinn richtig geregelt werden und stellen sich die Aussichten beider Parteien wenigstens etwas gleichmäßiger, als wenn den Unternehmern bloß isolirte, unorganisirte oder nicht genügend organisirte Arbeiter gegenüber stehen.

Wie sind eben die Arbeiter, zumal die unorganisirten, doch die wirthschaftlich schwächern! Wie viel schwerer können sie Verluste ertragen und werden sie daher, z. B. von einem Streik, ungleich härter getroffen! Wenn heutzutage z. B. ein großer Ausstand Platz greift, so leiden dadurch gewiß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer und Kapitalisten. Wer will leugnen, daß die Hamburger Kaufleute und Rheder Schaden gelitten haben? Was der Arbeiter selbst aber durch einen Ausstand verliert, ist doch noch viel schlimmer und läßt sich nicht ermessen. Was er erspart hat, geht darauf, er muß verpfänden und Sachen unter dem Werth verschleudern. Wenn er auch hinterher noch so viel vom Ausstand gewinnt — und wie unsicher ist das —, so hat er doch immer noch einen bedeutenden Schaden, von dem er sich nicht sobald erholt.

Wer nun aber sagt, der Arbeiterstand müsse durch Organisation mit vereinten Kräften suchen, eine bedeutsamere Stellung in Betreff der Lohngestaltung zu gewinnen, begegnet von anderer Seite leicht noch einem weiteren Einwand, nämlich dem, daß dadurch der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nur noch verschärft würde.

Gewiß beseitigt die Arbeiterorganisation nicht alle Gefahren des

Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Das zeigt England. In England sieht man aber auch, daß aus der Organisation doch überwiegend Gutes auch in dieser Hinsicht hervorgegangen ist, daß thatsächlich hier die sociale Gefahr durch eine starke Arbeiterorganisation verringert wird, auch wenn sich letzterer gegenüber eine ähnliche der Arbeitgeber entwickelt. Freilich ist eine Voraussetzung einer befriedigenden Wirksamkeit solcher Organisationen, daß die Arbeitgeber den Arbeiterstand als einen gleichberechtigten — nicht, wie die Socialdemokratie meint, den allein berechtigten — anerkennen, was unsere Arbeitgeber erst noch von England lernen müssen. Es ist zwar auch in dieser Beziehung ein Fortschritt bei uns nicht ganz zu verkennen, auch in der öffentlichen Meinung. Es freut mich z. B., daß beim Hamburger Streik nicht allgemein gesagt wird, wenigstens da nicht, wo die kapitalistische Auffassung der Arbeitgeber nicht allein entscheidet, nur der Arbeiter habe Schuld. Wer es ohne Weiteres für eine Schande für die Rheder hält, wenn dieselben jetzt nachgeben wollten, oder überhaupt, ganz allgemein gesprochen, für eine Schande für die Arbeitgeber in Lohnstreitigkeiten mit den Arbeitern zu verhandeln, dem könnte man mit demselben Rechte erwiedern, es sei eine Schande für die Hafenarbeiter, wenn sie nachgeben würden, eine Schande für die Arbeiter überhaupt, mit ihren Arbeitgebern zu verhandeln. Beide Behauptungen sind gleich falsch und thöricht.

Arbeiterorganisationen, wie die englischen, sind indessen auch nicht nur Kampfvereine für Lohnstreitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch Stützpuncte, an welche sich am Besten Einigungsämter und Schiedsgerichte anlehnen können. Solche Einrichtungen, die sich doch in England mannigfach bewährt haben, fehlen uns eben meist noch. Wir müssen sie erstreben und erreichen. Das setzt aber wieder die Anerkennung gleichberechtigter Interessen des Arbeiters und Arbeitgebers voraus und zur wirksamen Vertretung dieser Interessen berufsgenossenschaftliche Verbände auf beiden Seiten. In dieser Richtung muß die öffentliche Meinung aufgeklärt werden, die in weiten Kreisen Alles zu sehr durch die Brille der Arbeitgeber ansieht. Mit einer ordentlichen Einrichtung von Einigungsämtern und Schiedsgerichten verbunden wird die Arbeiterorganisation keine Gefahr für den socialen Frieden. Und wiederum möchte ich betonen: Die Befürchtung, daß durch solche Organisation die Macht der Socialdemokratie wachse, ist unrichtig. Gerade wenn die nichtsocialdemokratischen Arbeiter sich für ihre wirthschaftlichen Bestrebungen frei organisiren können, kommen sie nicht so leicht in Versuchung, sich der Socialdemokratie anzuschließen.

Nun heißt es freilich auch hier wieder, solche Arbeiterorganisationen sind für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter gar nicht nöthig, die Löhne stiegen, wenn die Verhältnisse, die Conjuncturen es erlaubten, so wie so. Das sei z. B. gegenwärtig auch im hiesigen Bergbau geschehen. Beim Eintritt in die Versammlung ist mir ein Zeitungsblatt überreicht worden, worin Lohnziffern enthalten sind, die das beweisen sollen. Auf diese Lohnziffern will ich nicht näher eingehen, weil ich sie hier jetzt nicht prüfen kann. Aber angenommen, sie seien ganz richtig, so wird sich immer noch fragen, ob die Löhne einigermaßen ebenmäßig mit den höheren Erträgen der Production, mit dem größeren Unternehmergewinn gestiegen sind und ob sie nicht thatsächlich noch höher sein könnten, auch wenn dann die Gewinne der Unternehmer etwas sänken.

Auch hier liegt wieder eine ganz allgemeine Frage vor. Gegen eine solche Beschränkung des höheren Unternehmergewinns durch Erhöhung der Löhne macht man nämlich öfters nicht nur die Interessen der Kapitalisten und Unternehmer, sondern auch diejenigen der ganzen Volkswirthschaft und des ganzen Arbeiterstandes selbst geltend. Das Kapital ziehe sich, so heißt es, bei nicht genügender Verzinsung zurück, die Kaufkraft der Kapitalisten und Unternehmer sinke mit niedrigeren Gewinnen, ebenso ihre Sparkraft, ihre Fähigkeit, Kapital zu bilden. Das sei aber nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die ganze Volkswirthschaft, ja auch für alle diejenigen Arbeiter ein Nachtheil, welche für die Arbeitgeber Gebrauchsdinge herstellten und nun nicht mehr in demselben Umfang beschäftigt würden, wenn die Kapitalisten- und Unternehmerkreise bei geringeren Gewinnen weniger einkauften.

Sicher muß man zunächst hier Folgendes einräumen. Der Unternehmer und Kapitalist haben, wie ich schon früher sagte, principiell ebenso Anspruch auf Antheil am Productionsertrag wie der Arbeiter. Streitig kann immer nur das Maaß, die Höhe dieses Anspruchs sein. Nun muß auch der Unternehmer einen seinen Leistungen, seinen Diensten, die für die Organisation und die Leitung der Unternehmung sicher sehr hoch angeschlagen sind, „angemessenen“ Gewinn und nicht minder der Kapitalist für sein in der Unternehmung steckendes, darin auch riscirtes Kapital eine „angemessene“ Verzinsung im Durchschnitt erhalten. Das liegt wiederum nicht nur im Interesse des Unternehmers und Kapitalisten selbst, sondern auch in dem der ganzen Volkswirthschaft und insofern auch im Arbeiterinteresse. Denn nur dann kann die Unternehmung gedeihen, bestehen, der Arbeiter regelmäßig und lohnend beschäftigt werden.

Die Frage ist nur: was ist „*angemessener*“ Unternehmer- und Kapitalgewinn? Da stehen wir wieder vor dem Vertheilungsproblem, dem Lohnproblem. Um die richtige Antwort zu geben, will ich an ein *Beispiel*, wie die Verzinsung des Kapitals in einer *Gesellschaft* anknüpfen, wo Unternehmer- und Kapitalgewinn, in der Actiendividende, im Wesentlichen eine Einheit bilden. „Angemessener“ Gewinn ist eben *nicht* ein beliebig hoher, sondern ein richtiger *mittlerer*. Für dessen Höhe aber lassen sich immerhin Anhaltspuncte feststellen.

Gewiß ist ein Gewinn einer Actiengesellschaft, der den üblichen Zinsfuß guter Staatspapiere und Hypotheken im Durchschnitt nicht übersteigt, *kein* angemessener, sondern ein zu niedriger. Aber ein beliebig höherer ist auch kein angemessener. Ein solcher muß vielmehr in *gewissen Schranken* bleiben, wenn er so genannt werden soll. Wenn der Staatszinsfuß z. B. 3 oder 3½ % beträgt, so muß die Gesellschaft bei der Abhängigkeit auch des Gesammtertrags des Geschäfts von der Leitung und Kapitalverwendung erheblich mehr erzielen. Und wiederum nicht nur in ihrem, sondern im allgemeinen volkswirthschaftlichen Interesse. Aber mit einem Durchschnittserträgniß von sagen wir 5, 6, auch noch 7 %, d. h. dem Doppelten des Zinsfußes für beste Sicherheit kann die Gesellschaft auch zufrieden sein. Einen Gewinn *darüber hinaus* mag sie nach den Umständen erzielen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Aber daran hat die ganze *Volkswirthschaft kein* entscheidendes Interesse mehr. Dies Interesse der *Volkswirthschaft* verlangt nur einen mittleren durchschnittlichen Gewinn der Unternehmung, bei dem sie dauernd bestehen und gedeihen und sich entwickeln kann. Wenn es z. B. den Arbeitern durch ihre Organisation gelingt, ihre Löhne zu steigern, mit der Folge, daß dann die Unternehmer- und Kapitalgewinne von einer größeren Höhe, sagen wir z. B. bei einer Gesellschaft die Actiendividende von 10 auf 7 % herabgedrückt wird, so ist *das* kein volkswirthschaftlicher Schaden, wohl aber eher und in der Regel ein volkswirthschaftlicher Vortheil. Denn dann werden die Arbeiter entsprechend kauffähiger und sparkräftiger, können sie etwas besser leben, während vielfach die kapitalistischen Unternehmer, die Actionäre, zumal die reicheren darunter, ihrerseits ihren Consum, hier dann öfters nur einen Luxusconsum, nicht selten nur einen frivolen, etwas einschränken müssen oder aus dem Gewinn etwas weniger Kapital zurücklegen können. Die Klage, die Kapitalisten würden dann weniger ausgeben, ist also hinfällig. Dafür würden eben die Arbeiter kauffähiger und würden mehr consumiren. Die Arbeiter würden sich z. B. etwas

besser nähren, kleiden, sich wohl auch etwas mehr Vergnügen erlauben. Feine Weine würden z. B. vielleicht etwas weniger gekauft, aber die Arbeiter etwa mehr und besseres Bier verbrauchen. Das wäre eher ein Vortheil vom Standpunkte des Gesammtwohls aus. Und vollends vom Verzicht auf einen Theil frivolen Luxus' hätte Niemand einen wirklichen Schaden, nicht einmal die Betroffenen. Man sagt ferner freilich: was nützen dem Arbeiter die höheren Löhne, er verthut doch Alles, das nationale Kapital wächst also nicht so, als wenn die Unternehmer und Kapitalisten aus höheren Gewinnen es bilden. Nun, verthun die Arbeiter wirklich Alles? Der Bestand unserer Sparcassen von 4½ Milliarden Mark, der zu einem großen Theil von Arbeitern herrührt, beweist, daß das nicht wahr ist, womit ich nicht bestreiten will, daß auch die Arbeiterclasse oft ihren Consum unrichtig regelt und Ausgaben macht, die sich recht gut vermeiden ließen. Da sollten nur die höheren Klassen mit gutem Beispiel vorangehen.

Nein, im *nationalen* Interesse kann man jedenfalls nur wünschen, und das ist speciell die Auffassung des viel verschrieenen „Professoren- und Pastoren-Socialismus", daß die Vertheilung des Productionsertrags, damit die Einkommen- und Vermögensvertheilung eine gleich*mäßigere* — *nicht* eine gleich*mäßige!* — im Volke werde. Die *großen Extreme* sind das Uebel und auf deren Verminderung ist hinzustreben, — nicht nur im Arbeiterinteresse, sondern im wahren nationalen Gesammtinteresse. Arbeiterorganisation in Gewerkvereinen, welche Lohnerhöhungen auf Kosten des eine angemessene mittlere Höhe übersteigenden Unternehmer- und Kapitalgewinns erreicht, ist also auch von diesem allgemeineren Gesichtspunkte des nationalen Gesammtinteresses aus zu wünschen.

Gerade die eben berührte Frage des übermäßigen, oft frivolen Luxus der reicheren Classen halte ich für eine, welche vom Standpuncte des nationalen Interesses aus hochwichtig ist. Deswegen scheue ich mich nicht, sie auch hier in einer Arbeiterversammlung zu berühren. Sie hängt mit der Vertheilung des Productionsertrags zwischen Kapital und Arbeit nahe zusammen, wenn es auch nicht nur, ja im Allgemeinen weniger die industriellen kapitalistischen und Unternehmerkreise, die dazu viel zu energisch arbeiten müssen, als die börsenkapitalistischen und Speculantenkreise sind, denen hier Vorwürfe nicht erspart werden können. Es ist ein ungesunder Zustand, wenn einige Wenige übermäßig viel und oft leicht und nicht immer solid gewinnen und zusammenraffen, Millionenvermögen bilden, in Ueberfluß und maßlosem Luxus schwelgen, die Hunderttausende und Mil-

lionen neben und unter ihnen darben oder sich bei allem Fleiß, aller Arbeitstüchtigkeit nur mühsam durchringen. Mich wenigstens berührt es peinlich und macht mir einige Beklemmung meines „socialen Gewissens“, wenn z. B. in Berlin, keineswegs nur in den reichsten Kreisen, wo es sich in solchen Fällen um noch viel größere Summen handelt, für ein Diner 20, 25 Mk. und mehr für's Gedeck ausgegeben werden, so größere Diners 4-, 6-, 800 Mk. kosten, und man dann denkt, daß es in Deutschland so und so viel Familien giebt, welche von demselbe Betrage fast ein ganzes Jahr leben müssen. Das sind unhaltbare Verhältnisse. Dergleichen ist aber auch für die Betreffenden selbst kein Segen, weil sie körperlich, geistig und sittlich bei einem solchen Leben gefährdet werden.

Die Socialisten versehen es mit ihren Plänen, weil sie die Menschen nicht in ihrer Schwäche und Sündhaftigkeit nehmen, ohne welche wir sein müßten, wenn wir in einer ganz anderen gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Ordnung wie der gegenwärtigen, wenn wir gar in einer socialistischen sollten leben können. Aber in unserer Wirthschaftsordnung droht die übermäßige Ungleichheit der ökonomischen Lage, der geschilderte Luxus gewisser reicher Kreise zu einer anderen Gefahr zu werden. Gerade die höheren besitzenden Schichten sind in der Stellung der Kapitalisten und Unternehmer die nothwendigen geborenen Leiter des Erwerbslebens und damit zum Theil die Führer der Nation überhaupt. Sie verlieren die Fähigkeit dazu, bei einer Erwerbsgier ohne Maß und einem frivolen Luxus ohne Grenzen. Dem nationalen Gesammtinteresse ist mit solchen Verhältnissen wahrlich nicht gedient, *sondern dies Interesse* fordert einen guten mittleren Wohlstand, wie er nicht allein, aber mit durch Arbeiterorganisation, welche zu Lohnerhöhungen auf Kosten zu hoher Kapital- und Unternehmergewinne führt, bewirkt und verbürgt werden kann. Daher in der That: das Ziel ist, die Vertheilung des Productionsertrags sollte eine gleich*mäßigere* — wiederum *nicht* eine gleich*mäßige* — werden. Etwas weniger Einkommen, Vermögen, Reichthum auf der einen, etwas mehr auf der anderen Seite! Diese Forderung aber wahrlich nicht bloß im Arbeiterinteresse, sondern im nationalen Interesse.

Es ist doch auch rein menschlich betrachtet begreiflich, wenn die Art und Weise, wie z. B. unsere Börsenmänner vielfach ihre Millionen zusammenbringen und verwenden, die unteren Klassen oft reizt und begehrlich macht. Wir beten täglich im Vaterunser: Führe uns nicht in Versuchung. Aber unsere heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse führen in so schwere Versuchungen. Es ist da leicht und ja

auch nicht unrichtig, tadelnd von Neid und Mißgunst der unteren Klassen zu sprechen, aber damit werden die vorhandenen Uebelstände nicht gerechtfertigt. Es liegen da doch große, gewaltige ökonomische, sociale, sittliche Schäden vor. Da gerade legt die Socialdemokratie ihre Hand in die Wunde des socialen Körpers und sucht Alles für sich auszunützen. Nun können ja sicher solche Schäden nicht alle beseitigt werden, am wenigsten nach dem Recept der Socialdemokratie, ihrer Theoretiker und Politiker. Denn da wird eben ohne die Schwäche und Sünde der Menschheit gerechnet. Aber die beständige Aufgabe muß und kann es doch sein, auf Verminderung solcher Schäden hinzuarbeiten und ganz ohne Erfolg bleibt das nicht.

Mein Schluß ist daher nach allem: gewiß, Kapital und Arbeit, Unternehmer, Kapitalist und Arbeiter sind gegenseitig auf einander angewiesen. Nur ein Thor kann sagen, der kapitalistische Unternehmer hat kein Recht auf einen angemessenen Theil am Productionsertrag, aber erst recht thöricht ist es, leugnen zu wollen, was uns Noth thut: neben tüchtigster Technik und Leitung der Production, wo eben doch der Unternehmer mit seinen Beamten das geistige Haupt der Unternehmung darstellt, ausreichende, aber mäßige, unter Umständen mäßigere Kapital- und Unternehmergewinne und reichlicherer Arbeitsverdienst!

Ich kann in der kurzen, mir zugemessenen Zeit natürlich alle diese großen und schweren Fragen hier nicht erledigen, Vieles nur flüchtig, Manches gar nicht berühren. Einiges werden die nachfolgenden Herren Redner ergänzen. Aussprechen möchte ich nur hier noch, daß auch wir Männer der viel angefochtenen wissenschaftlichen Richtung, zu der ich als Nationalökonom gehöre, Bestrebungen wie die Ihres christlichen Bergarbeitervereins billigen, und billigen wieder im wahren nationalen Gesammtinteresse, eine Auffassung, der wir trotz aller Vorwürfe, Angriffe und Verdächtigungen treu bleiben werden. In diesem Sinne begrüße ich die katholisch-evangelische Arbeiterbewegung freudig und hoffe, daß es ihr gelingen wird, für die Nothwendigkeit und Ersprießlichkeit einer wirksamen Organisation und einer zweckmäßigen Gesetzgebung als Grundlage dafür die Anerkennung der entscheidenden Kreise, der öffentlichen Meinung, der Gebildeten, der Regierung, schließlich auch der Unternehmer, der Kapitalisten zu gewinnen. Dann werden die deutschen Arbeiter auch aufhören, nur socialistischen Hirngespinsten nachzujagen, sondern sich wieder auf sich selbst besinnen.

Gerade unsere deutschen Arbeiter gelten vielfach bei ihren Gegnern als falsche Ideologen, die zu viel über sociale Dinge speculiren und

phantasiren, statt practisch vorzugehen. Wenn sie das aber, wie in Ihrem Fall thun, dann ist es auch nicht Recht! Nun, ein Volk wie das deutsche, das, allen anderen Culturvölkern weit voran, seit fünf Generationen den allgemeinen Schulzwang kennt und die Elementarbildung dadurch in allen Kreisen verbreitet hat, wird unvermeidlich auch in seinen unteren Klassen, seiner ganzen Masse denkfähiger und denkwilliger geworden sein. Damit, mit den Folgen, daß wir einmal das Experiment der allgemeinen Schulpflicht gemacht haben, müssen wir bei uns rechnen. Man kann es da Niemandem verdenken gerade unter unseren Arbeitern, wenn er tiefer und ernster über seine wirthschaftliche und sociale Lage nachdenkt und seine Ansprüche auf Theilnahme an den besseren materiellen Lebensverhältnissen, an den geistigen und Culturgütern der Neuzeit steigert.

Niemals freilich wird auch der Arbeiter an sein Interesse allein denken dürfen, sondern immer auch an den Zusammenhang des ganzen socialen und wirthschaftlichen Lebens, in welchem er wie jeder andere Berufsstand eben doch nur ein dienendes Glied ist. Das Entscheidende ist sein Sonderinteresse so wenig als das des Unternehmers und Kapitalisten. Das Entscheidende ist auch hier wieder das dauernde nationale Gesammtinteresse. Von Arbeiterorganisationen, wie sie England erreicht hat und wie ich sie den deutschen Arbeitern wünsche, müssen die Arbeiter daher auch richtig und maßvoll Gebrauch machen. Eben deswegen dürfen die berufsgenossenschaftlichen Verbände der Arbeiter nicht bloße Kampfvereine werden, sondern müssen sie in erster Linie bestrebt sein, auf dem Wege friedlicher Vereinbarung mit den Unternehmern ihre Forderungen zu erreichen. Deshalb muß das erste Verlangen die Einführung von Einigungsämtern sein, in denen, wie in England, Arbeitgeber und Arbeitnehmer als gleichberechtigte Parteien einen Ausgleich in Betreff der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeiführen.

Dabei wird von den Arbeitern dann immer auch der gegebenen nationalen und internationalen Concurrenzverhältnisse für Production und Absatz zu gedenken sein, von denen die Ausführbarkeit so manchen Wunsches zur Verbesserung der Lage der Arbeiter wesentlich mit abhängt. Wir leben ja nicht allein in der Welt, im Zeitalter von Dampf und Electricität hängt alles Wirthschaftsleben, fast schon über dem ganzen Erdenrund, eng zusammen und bedingt sich Alles gegenseitig. Uebertriebene Lohnforderungen z. B. können die Concurrenzfähigkeit der Industrie, des Bergbaus gefährden, wie freilich auch — übertriebene Kapital- und Unternehmergewinne und Actiendividenden. Frage des richtigen Maaßes, nicht des

Princips ist auch hier Alles. Gerade Arbeitervereine dürfen das nie vergessen.

Meine Herren, damit lassen Sie mich zum Schluß kommen. Wir Deutsche sind ein merkwürdiges Volk, dem seine guten Eigenschaften in der Uebertreibung oft geschadet haben. Man wirft auch unseren Arbeitern vor, im Unterschiede z. B. zu den Engländern, wären sie zu doctrinär, wären sie Phantasten. Soweit das wahr ist, ist es nicht ihre Schuld. Unsere Arbeiter sind eben Deutsche, theilen unsere Schwächen und unsere Stärken, weil sie Blut von unserem Blut, Bein von unserem Bein, Fleisch von unserem Fleisch, aber auch — Geist von unserem Geist sind.

Ich bin doch stolz, ein Deutscher zu sein und stolz auch auf unsere denkenden Arbeiter. Und ich vertraue auch, daß gerade unsere Nation das Problem der Arbeiterfrage, der socialen Frage lösen werde, — „lösen", soweit das unter gebrechlichen, sündigen Menschen unter unseren irdischen Verhältnissen überhaupt möglich erscheint, daher freilich immer nur unvollkommen. An dieser Gebundenheit an Erde und Menschenthum möchte, wie gesagt, die Verwirklichung jedes eigentlichen socialistischen Wirthschafts- und Socialprogramms, auch bei einer Beschränkung auf den bloßen inneren besseren idealistischen Kern darin, ewig scheitern. Die Hoffnung aber, auf dem Wege gesunder maßvoller Socialreform zu besseren Zuständen zu kommen, gebe ich nicht auf, gerade auf deutschem Boden.

Dieser meiner Auffassung gegenüber lassen mich denn auch die Angriffe und Verhöhnungen einer gewißen Presse, am Rhein und anderswo, kühl. Angriffe gegen Professoren und Pfarrer, die für das Recht der Arbeiter auf berufsgenossenschaftliche Organisation, wie Ihr Bergarbeiterverein sie plant, eintreten, Angriffe auf Männer einer richtigen und erfolgreichen positiven Arbeiterpolitik, wie den hochverdienten Minister von Berlepsch, der dafür den Dank des arbeitenden Volks, aber giftige Schmähungen einer elenden, im kapitalistischen Dienst stehenden Presse geerntet hat. Gerade wir Professoren und Geistliche stehen ja außerhalb des unmittelbaren Interessenkampfes zwischen Kapital und Arbeit. Wenn wir zum Theil auf Seite der Arbeiter treten, so thun wir es nicht einmal in erster Linie um dieser Willen, als wegen des Wohls unseres ganzen lieben deutschen Volks und Vaterlandes. An dieser beiden Zukunft verzweifeln wir nicht, sondern schreiten muthig und allen Angriffen zum Trotz weiter auf der Bahn einer verständigen Socialpolitik, die wir nach bestem Wissen und Gewissen vertreten.

Und in der That sollten wir Deutschen verzweifeln?! Unser

deutsches Volk hat wie kein zweites in der Welt unserem Herrgott zu danken. Hier in Westfahlen, wo vor bald 100 Jahren der Franzose hauste und wir in ganz Deutschland in Gefahr waren, an Frankreich zu fallen oder zwischen Frankreich und Rußland aufgetheilt zu werden und Polens Schicksal zu theilen, haben wir besonderen Anlaß, uns der glücklichen Gestaltung der Dinge zu freuen. Das neu staatlich geeinte deutsche Volk, Anfang des Jahrhunderts dem Untergange nahe, am Schluß des Jahrhunderts eine der großen führenden Mächte der Welt, in politischen und auch schon mitunter in socialen Dingen der Bahn brechende Pionier — ich erinnere nur an die Arbeiterversicherung! — dies deutsche Volk wird auch noch weiter berufen sein, die wirthschaftlichen und socialen Probleme einer befriedigenden Lösung entgegen zu führen.

Möge dieses geschehen unter Mitwirkung der denkenden, national gesinnten, patriotischen christlichen Arbeiterschaft. In diesem Sinne: Glückauf der weiteren erfolgreichen Socialpolitik! Glückauf Ihrem christlichen Bergarbeiterverein!

Nachwort.

„Es haben ihre Schicksale die Bücher" — und die Reden! Das habe ich an vorstehender Rede erlebt. Sie hat sofort einem Theil der Presse, namentlich der freiconservativen und einigen nationalliberalen Blättern, den Anlaß gegeben, mich auf das Heftigste und in persönlichster Weise anzugreifen. Voran standen dabei die „Kölnische Zeitung", die „Hamburger Nachrichten", die „Post", die (Berliner) „Neuesten Nachrichten", die „Deutsche Volkswirthschaftliche Correspondenz". Keines dieser und der anderen mich angreifenden Blätter hatte aber einen selbst nur leidlich genügenden Bericht über meine Rede gebracht oder andere ausreichende Berichte benutzt. In der üblichen Weise das Einzelne aus dem Zusammenhang reißend, es entstellend, hatten sie sich in gehässigster und verletzendster Polemik gegen mich überboten. Und wiederum hieß es: was sie „nicht auslegen konnten, legten sie — unter". Ich habe darauf bereits in einer Reihe von drei Artikeln „Die Kampfweise der kapitalistischen Presse" in der (Berliner) „Zeit" (Nummern v. 12.—14. Febr.) gebührend geantwortet. Außer Blättern wie der braven „Zeit" und anderen, welche freundlich oder doch unbefangen der evangelisch-socialen Be-

wegung gegenüberstehen, habe ich ausdrücklich der großen katholischen Presse, zu der ich sonst natürlich keine Beziehungen habe, für ihre Loyalität und Objectivität und für ihre im Ganzen guten Berichte über meine Rede und über die sich daran knüpfende Preßfehde zu danken, besonders der (Berliner) „Germania“ und der „Kölnischen Volkszeitung“. Es ist ein Zeichen der Zeit und mit Beschämung sage ich es, daß ein treuer Evangelischer hier bei der katholischen Presse nicht seine Stütze, aber wenigstens unparteiische Würdigung findet.

Sogar im deutschen Reichstage (4. und 11. Febr.) hat es ein Abgeordneter, der Freiherr Heyl zu Hernnsheim, für angezeigt gehalten, mich wegen einiger Ausführungen in meiner Bochumer Rede, die er notorisch völlig falsch aufgefaßt hat, anzugreifen und mich der Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Partei anzuklagen. Er sprach, wie er versicherte, hierbei sogar im Namen und Auftrag seiner ganzen Partei, der nationalliberalen, die ihn auch wenigstens nicht dementirt hat! Obgleich ich ihm klar nachwies, daß er schlecht unterrichtet gewesen, blieb er doch bei seinen Behauptungen. Ich war in Folge dessen genöthigt, mich gegen diese Aeußerungen des H. v. Heyl und seiner Partei öffentlich verwahren zu müssen. Das ist in einem Artikel in der „Zukunft“ vom 27. Febr. geschehen. H. v. Heyl hat darauf nur mit neuen Unwahrheiten und einer Beleidigung zu antworten gewußt. Habeat sibi.

Diese Angriffe auf meine Bochumer Rede waren aber nur ein Glied in der langen Kette von gehässigen denunciatorischen Verdächtigungen gegen die ganze evangelisch-sociale Bewegung und die akademische Nationalökonomie. Ich habe meine Berufsgenossen und mich hiergegen schon vor zwei Jahren in einer litterarischen Fehde vertheidigt, zu der die auf Unkenntniß und Unwahrheit beruhenden Angriffe des Freiherrn von Stumm im Reichstage den Ausgangspunkt gebildet hatten. Darauf beziehe ich mich hier, insbesondere auf die, zum Theil zuerst in der „Zukunft“ erschienenen, dann apart herausgekommenen Artikel in meiner Schrift „Mein Conflict mit dem Freiherrn von Stumm-Halberg“ (Berlin 1895). Für die dem Streite zu Grunde liegende wissenschaftliche Controverse verweise ich auf die amtliche Rede, die ich in meiner Eigenschaft als Rector der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 15. October 1895 beim Antritt des Rectorats unter dem Titel: „Die akademische Nationalökonomie und der Socialismus“ gehalten habe.

Zu der Rede in Bochum bin ich, wie ich in den Artikeln in der „Zeit“ näher ausgeführt habe, fast gegen meinen Willen, mit aus Ge-

fälligkeit gegen die Herren im Ehrenrath und Vorstand des christlichen Bergarbeitervereins gekommen. Auch das Thema wurde mir von dieser Seite aus gegeben. In der Ansicht, daß eine solche Arbeiterbewegung, die ausdrücklich einmal nicht auf socialdemokratischem Boden sich entwickelt hat und in erfreulicher Weise beide christliche Confessionen umfaßt, gerade die Unterstützung von Seiten aller derjenigen verdiene, welche wünschen, die Arbeiter dem socialdemokratischen Einfluß zu entziehen, habe ich mich zur Uebernahme des Vortrags schließlich bereit finden lassen; trotz mancher äußeren Unbequemlichkeiten und vorausgesehener gehässiger Verdächtigungen, wie sie eingetreten wären, nur weil ich in Bochum erschien, ganz einerlei, was ich da sagte. Der Strick wäre mir doch unter allen Umständen gedreht worden. Nun, das muß man heutzutage zu ertragen wissen.

Um nun aber wenigstens Freund und Feind gegenüber festzuzustellen, was ich und wie ich es eigentlich gesagt habe und vertrete, lasse ich diese Rede nun hier, außer in dem Bochumer Vereinsbericht, besonders erscheinen. Inhaltlich bietet sie natürlich nichts Neues noch irgend Erhebliches, es ist ein populärer Vortrag, wie hundert andere. Vielleicht finden sich aber doch auch unter den Gegnern einige ehrliche Leute, die, wenn sie diese Rede lesen, mit der „Kölnischen Volkszeitung“ sagen: Ja, man kann ja über Manches verschiedener Ansicht sein, selbst Vielem nicht beistimmen, aber zu der „inscenirten Hetze“ hat sie doch keinen Anlaß geboten.

Auch diese Rede ist der — socialistischen Tendenzen verdächtigt worden! Sie steht auf dem grade entgegengesetzten Boden der gewerkvereinlichen Arbeiterorganisation mehr nach englischem Muster. Davon habe ich hier gesprochen, das vertreten, gerade in einem Verein wie dem der christlichen Bergarbeiter. Nur die absolute Unwissenheit oder die bewußte Tendenzsucht und Verdrehungskunst der Gegner, wie in der freiconservativen und verwandten Presse im Geiste und Dienste des H. v. Stumm, kann hier von „Socialismus“ reden.

Berlin, 7. März 1897.

Adolph Wagner.

Druck der Univ.=Buchdruckerei von E. A. Huth in Göttingen.




FEB 13 1900
DUE APR 16 1917
DUE SEP 10 1923
APR 1 1993



